

Liebe Damen und Herren,

bevor die Begutachtungsfrist vorbei ist, ist es mir ein Anliegen nicht nur gesammelt als eine vieler Stimmen im Kollegium an meiner Dienststelle sondern auch persönlich gegen den Entwurf des Leherdienstrechts anzugehen. Ich als Junglehrer, der Änderungen "unseres" Schulsystems prinzipiell sehr aufgeschlossen gegenübertritt, kann mit diesem drastischen Einschnitt in die Arbeitswelt der Lehrpersonen bzw. auch der Qualität an der Schule keinerlei Fortschritt in Richtung einer effektiveren, gerechteren und besseren (die Leistungen der SchülerInnen betreffend) Ausbildung der jüngeren Generation.

Folgende Behauptungen des BMUKK sind schlicht falsch:

- "Nur neu eintretende LehrerInnen sind betroffen"; "5-jährige Optionsfrist" - Alle Personen, die nicht vor dem Schuljahr 2019/2020 einen unbefristeten Vertrag haben, kommen automatisch ins neue Dienstrecht (auch gegen ihren Willen und auch dann, wenn sie jetzt schon im Dienst sind).
- "Die Unterrichtsverpflichtung beträgt 22 Wochenstunden." - Unterrichtsverpflichtung 22-24 Wst; 22 Wst nur ganz wenige, 23 Wst ca. 40%, 24 Wst weit mehr als die Hälfte aller LehrerInnen
- "Attraktive Gehälter" - Gehaltsverlust über die gesamte Berufslaufbahn rund 20% für masterwertig ausgebildete LehrerInnen
- "Dienstvertrag ab dem ersten Berufsjahr" - Beliebige Anzahl befristeter Dienstverträge bis zu fünf Jahre hindurch möglich (Kettenverträge)
- "Attraktive Zulagen für arbeitsintensive Fächer" - Arbeitszeit von LehrerInnen mit Schularbeitsfächern bis zu 40% erhöht
- "Begleitung des Berufseinstiegs durch erfahrene MentorInnen" - Unterrichtspraktikum als begleitetes Einstiegsjahr mit geringer Unterrichtsverpflichtung abgeschafft
- "Attraktive Gehälter für QuereinsteigerInnen" - Anrechnung von Vordienstzeiten wie bisher; durch flache Gehaltskurven daher Einstieg mit deutlich weniger Gehalt wie bisher

Zusammenfassend bleibt mir zu sagen, dass dieses Dienstrecht durch noch stärkere Belastung der Lehrpersonen (auch ungerechte Verteilung, da Schularbeitenfächer vom Arbeitsaufwand gleichwertig zu Nichtschularbeitenfächern gesehen werden!), durch weniger Bezahlung (dadurch wohl weniger Motivation im Beruf etwas außergewöhnliches zu leisten!), durch Verhindern eines sanften Einstieges in den Beruf (mit der Abschaffung des Unterrichtspraktikums für Berufseinsteiger keine Entfaltungsmöglichkeiten und kein projektorientiertes Unterrichten) und das Einsetzen von fachlich nicht gleichwertig qualifiziertem Lehrpersonal (Ausbildung weniger lang; auch fachfremde Lehrpersonen werden auch gegen deren Willen für das Abdecken aller Fächer an einer Schule verwendet) das Ziel einer Qualitätssteigerung in "unserem" Bildungssystem stark verfehlt.

Dabei geht es mir nicht um einen einheitlichen Ausbildungsleitfaden, eine einheitliche

Ausbildungsinstitution, ein einheitliches Dienstrecht sowie ein einheitliches Verdienst aller Lehrpersonen (Volksschule, Mittelschule, AHS, BMHS). Auch einen ehrlichen - nicht als Einsparung getarnten - Versuch einer gemeinsamen Schule der 10 bis 15-Jährigen würde ich in vernünftigem Rahmen unterstützen. Allerdings ist das vorgeschlagene Dienstrecht eine Verschlechterung auf ganzer Linie, zumindest für alle AHS-Lehrpersonen (die anderen Dienstrechte kenne ich nicht!). Anstatt eines Anhebens des Gehaltes der Landeslehrpersonen auf das Niveau einer AHS-Lehrperson mit gleichwertiger Ausbildung, wird von seitens des BMUKK einzig ein Runterdrücken des Gehaltes der AHS-Lehrpersonen damit bewirkt. Außerdem lehne ich es aufs Schärfste ab die Lehrgewerkschaft für ihren tatkräftigen Einsatz im Sinne aller (und wirklich aller!) Lehrpersonen zu verunglimpfen.

Ich hoffe auf ein vernünftiges Miteinander und das Miteinbeziehen der bestimmenden Kräfte bei einem "neuen" österreichischen Schulsystem.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Beste Grüße,  
Mag. Andreas Schwab  
BG Kufstein